

# Oberbehörden eher kompromissbereit

Seit die Gemeinde Rudersberg ihren Lärmaktionsplan forciert, bewegt sich was bei Regierungspräsidium und Landratsamt

Rudersberg (mpf). Seit Rathauschef Martin Kaufmann und Rudersbergs Gemeinderat mit Planer Jochen Richards Hilfe vermutlich den ersten Lärmaktionsplan des Ländles auf den Weg brachten, der an den so belasteten Ortsdurchfahrten aufs Bundes-Immissionsschutzgesetz pocht, ist offenbar manch Hardliner in den Straßenbaubehörden ins Grübeln geraten. Das Landratsamt bewilligte an einigen Stellen Tempo 30. Nun bewegt sich auch das Regierungspräsidium.

Am Dienstag präsentierte der Rudersberger Bürgermeister beim Punkt Verschiedenes im Bauausschuss Eckpunkte der ersten Reaktion des Stuttgarter Regierungspräsidiums (RP) auf das 24 Vorschläge umfassende Paket, das die Gemeinde Rudersberg den Trägern öffentlicher Belange im Rahmen des Lärmaktionsplan-Verfahrens ausgehändigt hat. Nachts sollen 833 Menschen an den Ortsdurchfahrten zu viel Lärm ausgesetzt sein, tagsüber 802. In der Stellungnahme werden prompt Dinge möglich, die seither eher nicht möglich waren. Wobei die Finanzierung noch in den Sternen steht und letztlich Verhandlungssache sein wird. Im Etat 2010 der Gemeinde Rudersberg finden sich derzeit 100 000 Euro, die gegebenenfalls keine großen Sprünge erlauben.

## Kompromissbereitschaft „unter Finanzierungsvorbehalt“

Zwar moniert die Oberbehörde in ihrem Schreiben, dass die Gemeinde Rudersberg mit ihren Vorschlägen an der Wurzel der Belastung ansetzt, nämlich bei der „Emissionsreduzierung“ zugunsten einer besseren Aufenthaltsqualität und nicht beim Schutz vor bestehenden Lärmemissionen (etwa durch schalldichte Fenster), sie verweist auch bei straßenverkehrsrechtlichen Punkten auf das dafür zuständige Landratsamt, aber bei den „Eingriffen in den Straßenraum“ deutet sie mehrmals auch Kompromissbereitschaft an – allerdings „unter Finanzierungsvorbehalt“.



Könnte laut Regierungspräsidium auch nördlich der Kreuzung stehen, wonach länger Tempo 50 gelten würde: Ortstafel bei Michelau.

Bild: Bernhardt

So hat die Gemeinde an der heiklen Kreuzung Dr. Hockertz-/Neue Zumhofer Straße/Bronnwiesenweg in Rudersberg eine Veränderung gefordert, die Fußgängern das Queren erleichtern soll. Das RP erhebt dagegen „keine Einwände“. Auch der Einbahnstraßenlösung in Schlechtbach auf der Straße „Rathausplatz“ als Einfahrt und der Ausfahrt durch die „Untere Straße“ nebst der Verengung der Einmündung der „Untere Straße“ mag die Behörde „prinzipiell zustimmen“. Möglich sei auch der gewünschte Einbau einer Mittelinsel in der Stuttgarter Straße in Schlechtbach, sofern der „betroffene Bereich ausreichend breit“ wäre. „Be-

fürwortet“ wird die ergänzende Begründung der breiten Ortsdurchfahrt in Michelau. Auch gegen den Einbau einer Mittelinsel zur Geschwindigkeitsdämpfung in Michelau wie auch das Versetzen des Ortsschildes nach Norden bis hinter den Abzweig nach Asperglen bestünden „keine Bedenken“.

Bürgermeister Kaufmann wertete das Ganze „als gute Geschichte auch vor dem Hintergrund, dass das Regierungspräsidium die Umfahrung Miedelsbach weiterplant“. Sie soll jetzt „rauskommen hinterm Friedhof“, wogegen der Rathauschef „grundsätzlich keine Bedenken hat, wenn wir nicht noch mehr Verkehr bekommen“.

## Nächste Schritte?

■ „Das müssen wir nun auseinanderklamüsern“, sagte Kaufmann, befragt von **Bernd Wessel** (SPD), was nun die nächsten Schritte sein werden. Wenn alle Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange vorliegen, gehe es wieder „ins Gremium“. Dann folgt eine zweite Anhörung. Es gelte, die Steuer-schätzung abzuwarten. „Ortsämter will ich deswegen nicht schließen.“